

Beschlussvorlage des Bezirksvorstands DIE LINKE Neukölln zur Mitgliederversammlung am 4. Juni:

Berlin rückt nach links: Kämpfe befördern und DIE LINKE aufbauen

Berlin erlebt einen Aufschwung linker Bewegungen. In den Vivantes Krankenhäusern kämpfen die Beschäftigten um eine Wiedereingliederung in den TVöD. Die Beschäftigten der Berliner Feuerwehr erheben berechnete Forderungen u.a. nach der Angleichung der Besoldung an das Bundesniveau und nach der Aufstockung des Personals, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren. Die studentischen Beschäftigten an den Universitäten kämpfen für einen gerechten Tarifvertrag. Eltern und ErzieherInnen gehen gegen die Kitakrise auf die Straße, sie fordern bessere Arbeitsbedingungen für die ErzieherInnen und die Bereitstellung von mehr Räumlichkeiten. Wir solidarisieren uns mit den Kämpfen und unterstützen die Forderungen. Angesichts der berechtigten Forderungen ist es ein Fehler, dass der Senat in Milliardenhöhe Schulden getilgt hat. Das Geld muss für soziale Verbesserungen zur Verfügung gestellt werden.

Punktsieg für die antifaschistische Bewegung gegen die AfD

Die AfD wollte mit einer Großdemonstration Stärke in der Hauptstadt zeigen und ihre Hetze verbreiten. Dem stellte sich ein breiter und großer Protest entgegen. Mehr als 70.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten gegen den Aufmarsch. Ein Punktsieg für uns, auch wenn es nicht gelungen ist, den Aufmarsch zu blockieren. Es wurde deutlich, dass die AfD nicht die Mehrheit vertritt. Daran lässt sich anknüpfen. Bereits am 9. Juni planen Mitglieder der AfD in Berlin erneut ihren sogenannten „Frauenmarsch“, um unter diesem Deckmantel gegen Muslime und Geflüchtete zu hetzen. DIE LINKE mobilisiert zu den Gegenprotesten. Insgesamt muss DIE LINKE weiter eine konsequente Haltung gegen die Rassisten und Nazis der AfD (und andere) zu zeigen und auch den Angriffen der Bundesregierung auf die Rechte der Geflüchteten ihren Widerstand entgegensetzen, das gilt auch bei der derzeitigen Kampagne des Bremer BAMF. Im Kampf gegen rechts weisen wir darauf hin, dass mit der neoliberalen Politik ein Nährboden für Rassismus und andere rechte Ideologien geschaffen wurde.

Mietenpolitisch in die Offensive gehen

Die Mietendemonstration im April hat gezeigt, dass es das Potential gibt in der Mietenfrage in die Offensive zu kommen. Die vielen Mieterinitiativen in der Stadt sind zu einer gemeinsamen Mobilisierung gekommen. Mit rund 25.000 Menschen war es die größte mietenpolitische Demonstration der vergangenen Jahrzehnte in Berlin. Angesichts der dramatisch steigenden Mieten radikalisierten sich auch die Proteste und die Forderungen. So sind Besetzungen als eine Aktionsform in der Bevölkerung akzeptiert und das neue Volksbegehren mit dem Titel „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ trifft auf viel Zuspruch. Als Linke müssen wir uns aktiv einbringen und diese Kämpfe befördern. In der Gropiusstadt organisieren wir zudem Mieterinnen und Mieter mit dem Organizing-Projekt anhand ihrer konkreten Probleme.

Der Rot-Rot-Grüne Senat muss sich von der "Berliner Linie" verabschieden, die besagt, dass Besetzungen grundsätzlich innerhalb von 24 Stunden geräumt werden. Leerstand zu besetzen ist kein Verbrechen und muss entkriminalisiert werden. Insgesamt gilt es in der Wohnungspolitik auf der Landesebene in die Offensive zu gehen: Die Mieten der landeseigenen Wohnungsgesellschaften

müssen gedeckelt und für BezieherInnen von geringem Einkommen bezahlbar sein. Der Bau kommunaler Sozialwohnungen ist stärker zu fördern. Gegen die Spekulation auf dem Berliner Wohnungsmarkt muss der Senat die berliner Grunderwerbssteuer erhöhen. Die zuständige Verwaltung mit Stadtplanungs-, Wohnungsämtern und Bauaufsicht muss personell verstärkt werden, um die Einhaltung von Milieuschutz, Umwandlungsverordnung und Zweckentfremdungsgesetz auch durchzusetzen zu können. Mieterschutzfristen bei der erfolgten Umwandlung in Eigentum müssen verlängert und Zwangsräumungen trotz beglichener Mietschulden müssen umgehend ausgesetzt werden.

Erste Stufe des Volksentscheides für Gesunde Krankenhäuser“ erfolgreich. Jetzt in den Endspurt mit der Volksinitiative „Unsere Schulen“!

Der Volksentscheid für „Gesunde Krankenhäuser“ hat die erste Stufe praktisch genommen. Noch bis zum 11. Juni können Unterschriften abgegeben werden, bereits jetzt wurden rund 40.000 Unterschriften gesammelt. Das ist ein großer Erfolg, an dem wir in der möglichen zweiten Stufe anknüpfen können. Wir unterstützen die Volksinitiative „Unsere Schulen“, die mit einer Unterschriftensammlung eine öffentliche Anhörung im Abgeordnetenhaus erwirken will. Das vorgelegte Konzept des Senates zur Schulbauoffensive beinhaltet eine „formelle“ Privatisierung der Schulgebäude, wodurch die öffentliche Kontrolle weitgehend verloren geht. Eine „echte“ Privatisierung wird durch das Vorgehen wahrscheinlicher. Das vorgelegte Konzept gleicht dem Vorgehen nach einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft, die sich in der Vergangenheit immer als extrem kostspielig erwiesen haben. Wir unterstützen den Endspurt der Initiative Gemeingut in BürgerInnenhand die bis Ende Juni 20.000 Unterschriften gesammelt haben muss (aktueller Stand rund 15.000).

Die Linke Neukölln bringt sich in die Auseinandersetzungen um einen tatsächlichen Politikwechsel in Berlin ein. Die vielen Kämpfe zeigen, dass wir in die Offensive kommen können und auch als Partei die Chance haben stärker zu werden. Dabei wird es entscheidend sein, dass DIE LINKE im Senat sich von der SPD absetzt, wenn die SPD einen Politikwechsel im Sinne der Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner ausbremst.